

Nachdenken über Intersektionalität. Die Bedeutung von Klasse und Geschlecht im Kontext von anti-feministischen Kämpfen um Hegemonie

Birgit Sauer

Intersektionalität, als eine Analyseperspektive wie auch eine politische Strategie (Collins/Bilge 2020: 2), ist ein feministisch-emanzipatorisches Konzept, das die Pluralität von Geschlechtern ebenso anerkennt wie die Verknotung von unterschiedlichen Herrschaftsstrukturen, also die multidimensionale Positionierung von Menschen. Intersektionalität verfolgt das Ziel, Herrschaft in Geschlechterverhältnissen sichtbar zu machen und langfristig zu beseitigen – und zwar durch die stete Reflexion auf die Komplexität dieser Herrschaftsstrukturen und der Positionierung von Menschen in ihnen, also der herrschaftlichen Subjektivierung. Diese Analyseperspektive, die der US-amerikanische *Black Feminism* seit den 1970er Jahren vehement in der feministischen Debatte einfordert, wurde in der deutschsprachigen Diskussion seit den 2000er Jahren mit Euphorie, freilich auch mit Skepsis aufgenommen und theoretisch vielfach bearbeitet und reformuliert. Der Vorzug einer Strukturperspektive gegenüber einer Identitäts- oder Individualitätsperspektive, wie ihn prominent Gudrun-Axeli Knapp und Cornelia Klinger (2007) vertreten, wurde ebenso wie die Idee der Überkreuzung in Frage gestellt. Begriffe wie Interdependenz (Walgenbach 2007) oder Interferenz (Bath/Meißner/Trinkaus/Völker 2013), also Überlagerung, wollten die Annahme feststehender Kategorien oder Achsen von Ungleichheit und Diskriminierung subvertieren.

Zwei gesellschaftliche und politische Entwicklungen – die neoliberalen Umgestaltungen, also die Dominanz des Marktes über Staat und weitere soziale Bereiche, sowie das (globale) Erstarken rechter Parteien und Organisationen – setzten im deutschsprachigen Raum die ›alten‹ Diskussionen um das

Verhältnis von Geschlecht und Klasse beziehungsweise von Patriarchat und Kapitalismus (wieder) auf die wissenschaftliche Intersektionalitäts-Agenda (siehe beispielsweise Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015; Pühl/Sauer 2018). Politisch stellt sich angesichts dieser historischen Konstellation die Frage nach feministischen (Bündnis-)Strategien gegen rechte Projekte und damit nach dem emanzipatorischen Kern von Intersektionalität fundamental neu.

Die Reflexion des kapitalistischen Zeitkerns multipler Herrschaftsstrukturen ist dafür zentral. Zum einen neigen gesellschaftstheoretisch orientierte Erklärungsmuster für den Aufstieg der autoritären Rechten dazu, die Klassendimension überzubewerten beziehungsweise ökonomische Entwicklungen zentral zu setzen. Die ökonomische Verunsicherungsthese allein ist jedoch für die Erklärung des Erfolgs rechtsautoritärer Parteien nicht haltbar, wie Jan-Werner Müller richtig erweist (Müller 2016), nicht zuletzt deshalb, weil sich die Wähler_innen- und Anhänger_innen-schaft dieser Parteien nicht nur aus offensichtlich von sozialem Abstieg bedrohten gesellschaftlichen Gruppen rekrutiert. Zum anderen wurde die diskursive Verknüpfung von Diskriminierungs- und Exklusionsmechanismen, gleichsam eine »exkludierende Intersektionalität« (Roth/Sauer 2022), selbst zum Teil des rechten Kampfes um Hegemonie. Anders formuliert: Verschiebungen, Umdeutungen, Resignifikationen von Herrschaftsverhältnissen – auch und besonders durch die Verbeziehungsweise Entknüpfung von Herrschaftsdimensionen, durch die Zuspitzung oder Leugnung von Zusammenhängen von Herrschaftsstrukturen – sind auffallende Elemente des rechten Hegemoniekampfes. Um mit Kimberlé Crenshaw zu sprechen: »Politische Intersektionalität« ist ein Modus rechter Debatten und Teil einer politischen Strategie der Autoritarisierung und Entdemokratisierung (Crenshaw 1991: 1250).

Der rechte Kampf um Hegemonie geht inzwischen weit über die Arena des rechten sogenannten Anti-Genderismus hinaus, denn um hegemonial zu werden, müssen rechte Narrative Eingang in andere Diskurssegmente finden (Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017). Die Diskussionen um eine Frontstellung von ›Identitätspolitik versus Klassenpolitik‹,¹ die Eingang ins deutschsprachige Feuilleton und mit der Debatte um ›Wissenschaftsfreiheit‹

¹ Wie ahistorisch diese Frontstellung und die Rede von einer Ablösung der sozialen Frage durch kulturelle und Identitätsfragen sei, zeigt die Studie von E.P. Thompson (1966) über das »making«, die Herstellung der Arbeiterklasse.

freilich auch in die Akademia gefunden haben,² sind Ausweis für die Diffundierung rechter Tropen in eine größere Öffentlichkeit.

Im Kontext dieser rechtsautoritären politischen Herausforderungen, der rechten Organisierung von *common sense* und von Hegemonie braucht eine queer-feministisch emanzipatorische Politikstrategie eine analytische Neuformulierung von Intersektionalität beziehungsweise des Zusammenhangs von verschiedenen Herrschaftsstrukturen und eine auf dieses Verständnis aufbauende verbindende politische Praxis. Das Erstarken der autoritären Rechten ist meines Erachtens nur erklärbar, wenn transformierte hegemoniale Klassen- wie auch Geschlechterverhältnisse, wenn die Mobilisierung von Klasse und Geschlecht an der Schnittstelle zu Religion, Ethnizität, Nationalität sowie Sexualität, wenn also diese neuartigen intersektionalen Kräfteverhältnisse in die Analyse einbezogen werden.

Mein Text besteht aus folgenden Schritten: Ich werde zunächst die rechtsautoritäre maskulinistische Identitätspolitik, die auf einer anti-emanzipatorischen politischen Intersektionalitätspraxis basiert, am Beispiel deutscher und österreichischer Akteur_innen darstellen. Im Anschluss daran werde ich vornehmlich deutschsprachige Debatten um Intersektionalität – mit einem Fokus auf die Verknüpfung von Geschlecht und Klasse – skizzieren, um im dritten Schritt einen Vorschlag zur Konzeptualisierung einer Analyseperspektive und emanzipatorischen Strategie der relationalen und verknüpften Herrschaftsstrukturen darzulegen.

Rechte Verknotungen. Anti-emanzipatorische politische Intersektionalität

Ohne Zweifel zeitigte das neoliberale Projekt der vergangenen Jahrzehnte in den Ländern des globalen Nordens, auch in Europa, ambivalente Folgen – dazu zählt nicht zuletzt der globale Aufstieg der politischen Rechten (Brown 2019). Die Reorganisation des Verhältnisses von Staat und Markt führte nicht nur zur Reduktion sozialstaatlicher Rechte und Sicherungen, zum Machtverlust von Gewerkschaften, zu Verschlechterungen der Situation der Arbeiter_innen bei gleichzeitig steigendem Reichtum einer globalen Elite, sondern auch

² So beklagt das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit den Niedergang der akademischen Freiheit u.a. durch Gender Studies, <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/dokumentation/> (zuletzt abgerufen am 13.03.2022).

zur verstärkten Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit, freilich unter ganz unterschiedlichen Bedingungen: Gut ausgebildeten Frauen gelang es, nicht zuletzt durch Gleichstellungsmaßnahmen, in der männlichen Erwerbswelt erfolgreich zu sein, während schlecht ausgebildete oder migrantische Frauen in unterbezahlten Segmenten des Arbeitsmarktes gleichsam ghettoisiert wurden. Der Neoliberalismus des neuen Jahrtausends hat den liberalen Feminismus mit seinen Forderungen nach Gleichstellung und Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt für bestimmte Gruppen von Frauen gewissermaßen umgesetzt und zugleich marginalisierte Gruppen von Frauen weiter an den Rand gedrängt (McRobbie 2020, Kapitel 1). Diese Konstellation wurde ebenso wie die steigende globale Migration von der autoritären Rechten politisiert und skandalisiert – nämlich als Gefahr für eine bestimmte Gruppe von Erwerbstätigen, die geschützt werden müsse. Klaus Dörre bezeichnet vor dem Hintergrund neoliberaler Marktentgrenzung die rechte Mobilisierung daher als »Bewegungen gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes« und gegen die Enttäuschung über wohlfahrtsstaatlichen Abbau und drohenden Wohlstandsverlust (Dörre 2016: 261).

Die rechte Rede vom »kleinen Mann auf der Straße« umreißt diese Gruppe der Gefährdeten: Diese marginalisierte Männlichkeit braucht Schutz auf einem national, aber auch auf einem männlich gedachten und konstruierten Arbeitsmarkt (Connell/Messerschmidt 2005). Die politische Rechte deutet ökonomische und soziale Transformationen als Krisen und spitzt die Diskussion zu »Krisen« der Lebens- und Arbeitswelt, der Migration und Sicherheit sowie der Männlichkeit zu, um vor dem Hintergrund dieser Krisenszenarien Zustimmung zu ihrem undemokratischen Politikprojekt zu organisieren. Rechte Akteur_innen nutzen Diskussionen um Geschlecht – konkret anti-feministische Attacken gegen »Gender« –, um ihr Hegemonieprojekt auf breitere Beine zu stellen und um einen, wenngleich ambivalenten, Konsens gegen Politiken von sozialer Gleichheit, gegen sozialdemokratische Wohlfahrtspolitiken, gegen Gleichstellung von Geschlechtern und LGBTIQ-Personen sowie gegen anti-rassistische Politiken zu schmieden. Einerseits eignet sich Geschlecht wegen der hartnäckigen und tief sitzenden Vorstellung von natürlicher Binarität und Hierarchisierung besonders gut, um Unterschiedlichkeit und Ungleichheit zu versinnbildlichen und zu rechtfertigen. Andererseits wird mit »Gender« ein Verschuldungsprinzip aufgerufen, nämlich ein schädliches Zuviel an Gleichstellungspolitik, die an der aktuellen Krise Schuld habe. Zu viel Gleichstellungspolitik, die Integration von Frauen in Erwerbsarbeit, Frauenförderung, aber auch die Diversifizierung von Geschlecht, der soge-

nannte »Gender-Wahn³ bedrohten die Grundfesten der europäischen Gesellschaften. Paradigmatisch hierfür steht die Publikation der (einstigen) Politikerin Barbara Rosenkranz (2008) von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit dem Titel *MenschInnen: Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*.

Die politischen Anti-Gender-Strategien der autoritären Rechten enthalten zudem diskursive Praktiken der »politischen Intersektionalität«. Mit diesem Konzept betont Crenshaw die Tatsache einer wechselseitigen »Aufhebung« oder Verdrängung der Kämpfe gegen Rassismus und Patriarchat durch politische Strategien, die intersektionale Verhältnisse ignorieren oder unterdrücken (Crenshaw 1991: 1253). Politische Intersektionalität der autoritären Rechten schlägt zwei miteinander verbundene Richtungen ein. Sie verknüpft Unterdrückungsstrukturen und spielt sie gegeneinander aus, ohne sie beseitigen zu wollen, sondern um sie zum einen zu verstärken beziehungsweise zuzuspitzen und zum anderen zu negieren und zu dethematisieren.

Die erste politische Intersektionalitätsstrategie hat das zur Folge, was Sara Farris (2017) als »Femonationalismus« bezeichnet: Beispielsweise werden muslimische bedeckte Frauen im rechten Diskurs als unfreie Opfer muslimischer Männer bezeichnet.⁴ Insgesamt, so die autoritäre Rechte, sei damit die Geschlechtergleichstellung und die Gewaltfreiheit der Geschlechterbeziehungen in Deutschland und Österreich durch migrantische Männer bedroht – ein Argument, das rechte Akteur_innen am Beispiel der Gewalt gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 immer wieder aufrufen (Dietze 2016). Diese Verknüpfung von Geschlecht, Religion und Migration will eine Bedrohung durch »Andere«, die ausgeschlossen werden sollen, heraufbeschwören. Sie kreiert Opfer und inszeniert Retter, vornehmlich rechte Akteur_innen. Darüber hinaus suggeriert die Externalisierung von patriarchalen (Gewalt-)Strukturen eine gleichstellungsorientierte Mehrheitsgesellschaft, die keiner weiteren gleichstellungspolitischen Maßnahmen

-
- 3 Der Ring Freiheitlicher Jugend kritisierte den vermeintlichen »Gender-Wahn«, nachdem Conchita Wurst den *Eurovision Song Contest* für Österreich gewonnen hatte, <https://www.derstandard.at/story/2000002538989/rfj-stereotype-gegen-gender-wahn>.
- 4 So beispielsweise die FPÖ-Parlamentarierin Ricarda Berger in einer Debatte des Österreichischen Parlaments, in: Republik Österreich: Stenographisches Protokoll. 49. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. XXVI. Gesetzgebungsperiode. 21. November 2018, S. 89.

mehr bedarf. Gleichstellungspolitik kann vor diesem Hintergrund als Privilegierung von sowieso schon besonders gut ausgebildeten Frauen dargestellt werden.

Zweitens nimmt die rechte antagonistische Diskurskonstellation eine Verschiebung vor: Die Bedrohung durch neoliberalen Transformationen von Arbeits- und Finanzmärkten, durch ökonomische Globalisierung und Finanzialisierung wird dethematisiert und umgedeutet als Bedrohung von Geschlecht, ja durch Geschlecht, durch Migration und eine als ›anders‹ markierte Religion. Die autoritäre Rechte greift vor allem männliche Enttäuschungen und Ohnmachtsgefühle auf, deutet sie in Hass auf Frauen und auf Gleichstellungspolitik, in Wut gegen ›Andere‹, vor allem gegen Migrant_innen um und zeichnet Männer als Opfer. Zugleich bieten rechte Akteur_innen neue – exklusive – Solidaritätsmuster an (Dörre 2016: 264) und propagieren einen »national-soziale[n] Protektionismus«, wollen also zum Beispiel sozialstaatliche Leistungen nur für die Mehrheitsbevölkerung zur Verfügung gestellt wissen (Janssen 2015: 7). Die FPÖ fasste das in dem Wahlkampslogan »Fair.Sozial.Heimattreu« zusammen.

Die autoritäre Rechte beschwört eine ›Krise der Männlichkeit‹. Die gegenwärtige Situation sei durch einen Verlust von Männlichkeit charakterisiert, dem mit einer neuen heroischen Männlichkeit begegnet werden müsse, so Björn Höcke von der Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2015: »Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!«⁵

Diese Männlichkeitskrise wird im rechten Narrativ durch Migration verschärft; diesem Narrativ zufolge bedrohen migrantische Männer nicht nur nationale Arbeitsmärkte und (männliche) Arbeitskräfte, sondern auch autochthone Geschlechterverhältnisse sowie die Sexualität der Männer der Mehrheitsgesellschaft.

In der diskursiven Geste der Ab- und Ausgrenzung, des *Othering* macht die autoritäre Rechte auch ein Angebot der Selbstaffirmierung marginalisierter Männlichkeit. Im neoliberalen Verunsicherungsdiskurs bieten rechte Geschlechter- oder besser: Anti-Gender-Anrufungen also Anknüpfungspunkte für eine Re-Etablierung alter Geschlechterkonstellationen und -hierarchien.

5 Björn Höcke auf dem Parteitag der Alternative für Deutschland im November 2015 in Erfurt, <https://www.youtube.com/watch?v=1t2OAvWnTbo>.

en. Die ›Wiedererringung‹ von Männlichkeit, die Höcke fordert und implizit verspricht, enthält die Festigung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit, männlicher Suprematie und Aggressivität, also eine Aufwertung maskulinistisch kodierter Eigenschaften: Höcke spricht von ›Wehrhaftigkeit‹, Werner Reichel (2015: 109) in Österreich von »Mut« und »Risiko«, Marc Jongen (2017), der AfD-Chefideologe, propagiert ein ›Thymos-Training‹, also die Betonung von Mut, Zorn und Aggressivität im Kontext von Migration.

In femonationalistischen Argumentationen können sich vermeintlich marginalisierte Männlichkeiten darüber hinaus als liberal, aufgeklärt und modern – in Abgrenzung von muslimischen Männern, die als rückständig-patriarchal präsentiert werden – entwerfen. Und schließlich taugt diese Argumentationsfigur auch dazu, marginalisierte Männlichkeiten im Gestus des Schutzes von Frauen der Mehrheitsgesellschaft vor migrantischen Männern zu erhöhen.

Zusammengefasst will ich festhalten, dass rechtsautoritäre maskulinistische Identitätspolitik auf einer anti-emanzipatorischen Verknüpfung der Herrschaftsstrukturen Geschlecht, Klasse, Religion, Ethnizität und Nationalität beruht, die nicht allein das Problem neuartiger patriarchaler und kapitalistischer Ausbeutung dethematisiert beziehungsweise negiert, sondern überhaupt Herrschaft als (demokratisch) nicht auflösbar präsentiert und autoritär verfestigen will. Im Folgenden möchte ich diskutieren, was diese Konstellation für eine kritisch-feministische Intersektionalitätsanalyse und emanzipatorische Perspektive heißt.

Intersektionalität. Debatten um Geschlecht und Klasse

Die Trias der US-amerikanischen Intersektionalitätsdebatte – *›race‹, class, gender* – provozierte in der deutschsprachigen Diskussion im Kontext der neoliberalen Neuerfindung des Kapitalismus eine intensivierte Verhältnisbestimmung von Geschlecht und Klasse beziehungsweise von Patriarchat und Kapitalismus. Frigga Haug bezeichnet in feministisch-marxistischer Manier »Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse«, um auf die Verknotung der Herrschaftsstrukturen Geschlecht und Klasse hinzuweisen (Haug 2001: 762). Sonja Buckel plädiert mit dem Konzept des »dirty capitalism« für eine Beibehaltung des Kapitalismuskonzepts als umfassenden Bestimmungskontexts von allerdings multiplen Herrschaftsverhältnissen (Buckel 2015: 32). Alex Demirović und Mario Candeias sehen ganz ähn-

lich den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als Grundwiderspruch (nicht als Hauptwiderspruch, wie Candeias betont), der allerdings ohne die Verwobenheit mit weiteren Widersprüchen weder theoretisierbar ist noch sich historisch so flexibel entwickeln hätte können (Demirović 2018; Candeias 2021: 10). Auch Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf und Susanne Völker sind darum bemüht, der Intersektionalitätsdebatte eine deutlichere Klassendimension zu geben, vor allem aufgrund neoliberaler Konstellationen im »Finanzmarktkapitalismus«. »Feministische Kapitalismuskritiken« nehmen Gesellschaft nicht allein »vom Kapitalverhältnis ausgehend« in den Blick, sondern arbeiten heraus, »welche Herrschaftsverhältnisse ihm eingeschrieben sind« (Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015: 149, 155).

Vor dem Hintergrund der Dethematisierung von kapitalistischen Verhältnissen im rechtsautoritären Diskurs und der Reproduktion neoliberaler autoritärer Konstellationen durch die politische Rechte scheint auch mir die Integration einer prononzierten Klassendimension in das Intersektionalitätskonzept unabdingbar. Allerdings stellt sich die Frage, ob es für eine feministische Perspektive geboten ist, den Geschlechterantagonismus als (heuristische) Zentralperspektive gegen eine einseitige Klassenfokussierung beizubehalten. Oder ist es nicht weiterführend, die Idee eines Grundwiderspruchs und damit auch die Frage nach Gruppen und Identitäten – Klasse, Geschlecht oder Ethnizität – aufzugeben?

Wenn wir die Verknotung von Herrschaftsstrukturen, Stuart Halls Rassismuskonzept folgend, als »Artikulation« begreifen, dann sind gesellschaftliche Widersprüche nicht direkt aufeinander reduzierbar, sondern müssen als eine »Verdichtung verschiedener Widersprüche« aufgefasst werden (Hall 1994: 114). Analog zu Stuart Halls Rassismuskonzept wäre dann Geschlecht »die Modalität, in der Klasse ›gelebt‹ wird, das Medium, in dem Klassenverhältnisse erfahren, die Form, in der sie angeeignet und ›durchkämpft‹ werden« – und umgekehrt (ebd.: 132). Das Konzept der Artikulation braucht keine ›Dominante‹, auch wenn Hall dies vorschlägt, sondern erlaubt es, die Gleichzeitigkeit oder besser: A-Temporalität der Strukturierungen von Herrschaft zu denken und jeweils historische Veränderungen für spezifische Herrschaftskonstellationen anzunehmen. Intersektionalität ist dann ein »Ensemble klar unterschiedener ökonomischer, politischer und ideologischer Praktiken, die konkret mit anderen Praktiken in einer Gesellschaftsformation artikuliert sind« (ebd.: 129). Ohne Zweifel bedeutete beispielsweise die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der bürgerlichen Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert eine fundamentale Veränderung patriarchaler und se-

xueller Verhältnisse wie auch die Etablierung neuartiger rassialisierter Widersprüche. Diese Herrschaftskonstellationen artikulieren sich seither in unterschiedlichen Zeiten in je verschiedenen Verknotungen.

Sorge als Herrschaftskritik und verbindende emanzipatorische Strategie

Halls Artikulationskonzept vermeidet darüber hinaus Vorstellungen von Gruppen oder Identitäten, die diskriminiert oder privilegiert werden oder die die Aufgabe eines Subjekts der Veränderung übernehmen (müssen). Damit ist die Chance gegeben, Antagonismen zu bearbeiten, ohne auf eine Gruppenidentität aufzubauen zu müssen. Vielmehr kann das durch die Artikulation der Antagonismen Verschobene und unsichtbar Gemachte in den Blick genommen und die Herrschaftsförmigkeit der Artikulation sichtbar gemacht werden. Nicht nur in Bezug auf Geschlecht, auch in Bezug auf *›race‹*, Klasse und gesellschaftliche Naturverhältnisse ist dies *Sorge*. Sorge will ich hier nicht nur als *›Sorgearbeit‹* verstanden wissen, sondern in einem weiteren Sinne als Relation von Menschen, als *›Solidaritätsweise‹* (Sauer 2013: 126) – im Gegensatz zum modernen liberalen *›Trennungsdispositiv‹* (Sauer 2001: 184) also als das Verbindende. Die Trennung dessen, was zusammengehört, so Regina Becker-Schmidt (1998), ist ein Modus, Sorge unsichtbar zu machen, weil Sorge gerade im Verbindenden, in der Beziehung existiert beziehungsweise benötigt wird. Sorge wird in allen und durch alle Antagonismen der Moderne langfristig und nachhaltig ignoriert beziehungsweise in der kapitalistischen Gesellschaft in vielfältiger Weise externalisiert – als Sorge um die Reproduktion und Regeneration der Arbeitskraft, als Sorge um kranke und alte Menschen, als Sorge für Umwelt und Natur, um jene Räume und Menschen, die (noch) nicht der Kapitalakkumulation unterworfen sind, als Sorge um jene, die mit der Verfestigung patriarcho-kapitalistischer bürgerlicher Verhältnisse als anders wahrgenommen werden – anders aufgrund ihres Aussehens oder wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen (Nicht-)Identität.

Der Kampf um Sorge, um eine öffentliche entlastende und verbindende Infrastruktur, ist eine Möglichkeit, die durch die Trennungen entstehenden Antagonismen aufzulösen, die Verbindungen sichtbar zu machen und die eingelassenen Herrschaftsstrukturen offenzulegen. Artikulation denkt Identität nicht statisch, sondern immer als relational und gemacht, als kurzfristig

und flexibel. Daran können emanzipatorische Kämpfe um mehr Sorge anknüpfen und sich verbinden – diese Artikulation von Sorgestrukturen bietet also eine Möglichkeit feministischer multipler Kooperationen in einem Projekt der Herrschaftskritik.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): Feministische Kapitalismuskritik. Einstiege in bedeutende Forschungsfelder, Münster.
- Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stefan/Völker, Susanne (2013): Geschlechter Interferenzen. Wissensformen, Subjektivierungsweisen, Materialisierungen, Münster.
- Becker-Schmidt, Regina (1998): »Trennung, Verknüpfung, Vermittlung: zum feministischen Umgang mit Dichotomien«, in: Gudrun-Axeli Knapp (Hg.), Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne, Frankfurt a.M., S. 84-125.
- Brown, Wendy (2019): In the Ruins of Neoliberalism: The Rise of Antidemocratic Politics in the West, New York.
- Buckel, Sonja (2015): »Dirty Capitalism«, in: Dirk Martin/Susanne Martin/Jens Wissel (Hg.), Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie, Münster, S. 29-48.
- Candeias, Mario (2021): »Crashkurs Klassenanalyse – eine Einleitung«, in: ders. (Hg.), KlassenTheorie. Vom Making und Remaking, Hamburg, S. 9-35.
- Collins, Patricia Hill/Bilge, Sırma (2020): Intersectionality, Cambridge.
- Connell, Raewyn/Messerschmidt, James W. (2005): »Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept«, in: Gender & Society 6, S. 829-859.
- Crenshaw, Kimberlé (1991): »Mapping the Margins. Intersectionality, Identity Politics and Violence against Women of Color«, in: Stanford Law Review 6, S. 1241-1299.
- Demirović, Alex (2018): »Das Geschlechterverhältnis des Kapitalismus. Plädoyer für ein klassenpolitisches Verständnis des multiplen Herrschaftszusammenhangs«, in: Katharina Pühl/Birgit Sauer (Hg.), Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen, Münster, S. 258-285.
- Dietze, Gabriele (2016): »Ethnosexismus: Sex-Mob-Narrative um die Kölner Silvesternacht«, in: Movements. Journal for Critical Migration and Border

- Regime Studies, 2/1, S. 177-185. https://movements-journal.org/issues/03_rassismus/10.dietze--ethnosexismus.html.
- Dörre, Klaus (2016): »Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen«, in: Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung?, Bielefeld, S. 259-274.
- Farris, Sara (2017): In the Name of Women's Rights. The Rise of Feminonationalism, Durham/London.
- Hall, Stuart (1994): »Rasse«, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante«, in: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Hamburg, S. 89-136.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015) (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld.
- Haug, Frigga (2001): »Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse«, in: Das Argument Nr. 243 (6/2001), S. 761-785.
- Janssen, Thilo (2015): »Misstrauensvotum. Rechte EU-Gegner profitieren von der Krise der Politik«, in: Mario Candeias (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, Berlin, S. 7-14.
- Jongen, Marc (2017): Migration und Thymos-Training, Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatswissenschaft, https://www.youtube.com/watch?v=cg_KuESI7rY.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2007): »Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmung von Klasse, Geschlecht, ›Rasse‹/Ethnizität«, in: Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp/Birgit Sauer (Hg.), Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Identität, Frankfurt/New York, S. 19-41.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2017): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality, London.
- McRobbie, Angela (2020): Feminism and the Politics of Resilience. Essays on Gender, Media and the End of Welfare, Cambridge.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.) (2018): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen, Münster.
- Reichel, Werner (2015): »Der Genderismus und seine Opfer«, in: Christian Günther/Werner Reichel (Hg.), Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft, Wien, S. 99-128.

- Rosenkranz, Barbara (2008): *MenschInnen: Gender Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*, Graz.
- Roth, Julia/Sauer, Birgit (2022): »Worldwide Anti-Gender Mobilization. Right-wing Contestations of Women's and Gender Rights«, in: Alexandra Scheele/Julia Roth/Heidemarie Winkel (Hg.), *Global Contestations of Gender Rights*, Bielefeld, S. 95-110.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt a.M.
- Sauer, Birgit (2013): »Putting patriarchy in its place«. Zur Analysekompetenz der Regulationstheorie für Geschlechterverhältnisse«, in: Roland Atzmüller et al. (Hg.), *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster, S. 111-131.
- Thompson, E. P. (1966): *The Making of the English Working Class*, New York.
- Walgenbach, Katharina (2007): »Gender als interdependente Kategorie«, in: Katharina Walgenbach et al. (Hg.), *Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität*, Opladen, S. 23-64.